

NIEDERSACHSEN SPD **VORWÄRTS**

APRIL 2008 | WWW.SPD-NIEDERSACHSEN.DE

EDITORIAL



LIEBE GENOSSINNEN, LIEBE GENOSSEN,

wir wollen wieder in Niedersachsen regieren. Auf dieses Ziel steuert unsere Arbeit in den nächsten fünf Jahren hin. Damit wir wissen, wie der Weg dorthin laufen kann, hat der Landesvorstand eine Zukunftskommission ins Leben gerufen. Ihr gehören Edelgard Bulmahn als Vorsitzende und vier erfahrene Genossen an. Sie werden bis in den Juni hinein viel arbeiten und dann vorschlagen, wie unsere Partei inhaltlich, personell, finanziell, organisatorisch und strukturell vorankommen kann.

Die Zukunftskommission schmort nicht im eigenen Saft. Im Gegenteil: Sie bittet Ortsvereine, Unterbezirke und Bezirke um Anregungen, Vorschläge, Lob und Kritik. Vor uns allen liegen arbeitsreiche Wochen. Am 21. Juni werden wir auf dem Landesparteitag ausgiebig über die Vorschläge unserer Zukunftskommission sprechen, vielleicht auch streiten und dann zu einem verbindlichen Ergebnis kommen. Damit wir 2013 wieder in Niedersachsen regieren.

Euer

Garrelt Duin
Garrelt Duin
Landesvorsitzender

PFLEGE HEISST MEHR ALS SATT, STILL UND SAUBER

Die Regierung Wulff sieht seit Jahren tatenlos zu, wie die Pflege den Bach runtergeht und leugnet den Pflegenotstand

Von Garrelt Duin



Druck machen, damit der Lebensabend in Würde nicht zum Luxus wird.

Foto: AWO

Satt, still und sauber: Nicht einmal zu diesem Minimal-Anspruch reicht es allzu oft in der Pflege. Immer wieder hören wir von halb verdursteten Heimbewohnern, offenen Wunden und anderen Unzulänglichkeiten in Pflegeheimen. Kein Zweifel: Wir stehen vor einem Pflegenotstand – gerade weil die Landesregierung die Gefahr klein redet.

Der Geschäftsführer des Landesverbandes Nordwest im Berufsverband für Pflegeberufe, Michael Huneke, sagt: »Es gibt hundertfach Beispiele von Missständen.« 90 Prozent aller Pflegebedürftigen werden angemessen gepflegt, stellt der Medizinische Dienst der Krankenkassen fest. Berechnet für Niedersachsen: Wir haben 220.000 Pflegebedürftige, in zehn Jahren sind es 263.000. Zehn Prozent von ihnen, also 22.000 Menschen und bald noch mehr, werden in Niedersachsen nicht menschenwürdig gepflegt.

SPD und Union haben in Berlin beschlossen, dass Heime künftig jährlich kontrolliert werden. Karl Lauterbach, Gesundheitsexperte der SPD-Bundestagsfraktion, verlangt schon lange einen Pflege-TÜV. In der Praxis stellt er sich das so vor: Einen Pluspunkt erhält, wer mit Fachärzten für Alte zusammenarbeitet, oder wer Pfleger darauf achten lässt, »dass sich Heimbewohner nicht wund liegen oder zu wenig essen oder trinken«. Noch eins hat Berlin beschlossen: In Wohnquartieren sollen Pflegestützpunkte eingerichtet werden. Zuständig sind die Länder. Berlin stellt als Anschlag 60 Millionen Euro bereit.

Pflege ist teuer. Wir müssen uns bald darüber klar werden, wie sie bezahlt wird. Die Pflegeversicherung allein dürfte auf Dauer nicht reichen. Über die Finanzierung wird noch heftig gestritten werden.

FORTSETZUNG AUF SEITE 2

»
Pflege ist teuer.
Wir müssen uns
bald darüber klar
werden, wie sie
bezahlt wird.«

Garrelt Duin

Auf Seite III:

Vor 75 Jahren stürmten die Nazis SPD- und Gewerkschaftshäuser, daran erinnerte die SPD-Braunschweig am 9. März.

Niedersachse**gerechter**.



Uwe Schwarz, gesundheits- und sozialpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion.

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Unstrittig ist die Ursache des Pflegenotstands: Es fehlt ausgebildetes Personal. Was die Arbeiterwohlfahrt schon lange öffentlich bemängelt, unterstützt jetzt auch die Caritas. Der Hildesheimer Bischof Trelle greift die Regierung Wulff scharf an, weil sie bei der Pflege knausert. Niedersachsen ist Schlusslicht. Nordrhein-Westfalen beispielsweise gibt Altenheimen einen 21 Prozent höheren Zuschuss für Personalkosten. Deshalb können dort mehr Pflegekräfte arbeiten als bei uns.

Die Regierung Wulff sieht seit Jahren tatenlos zu, wie die Pflege den Bach herunter geht. Sozialministerin Ross-Luttmann leugnet den Pflegenotstand und will künftig sogar mehr Laien auf die Alten loslassen.

Unser Sozialexperte im Landtag, Uwe Schwarz, weist den richtigen Weg. Er unterstützt die Wohlfahrtsverbände, die für die Ausbildung von Pflegenachwuchs die so genannte Umlagefinanzierung wieder einführen wollen. »Alle Einrichtungen müssen sich an den

Kosten beteiligen«, sagt Schwarz. Nur so ist dem Mangel an Fachkräften beizukommen.

Halten wir fest: Der Pflegenotstand widerspricht unseren Werten von der Menschenwürde. Das wiederum bedeutet, dass wir uns als SPD gemeinsam mit der AWO und weiteren Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Pflegeverbänden, Kasernen und anderen mit großem Druck um unsere pflegebedürftigen alten Menschen kümmern – damit sie den Lebensabend in Würde verbringen können. ■

BRAUCHEN WIR EIN NEUES JUGENDSTRAFRECHT?

Podiums-Diskussion im Rahmen der Delegiertenversammlung der Göttinger SPD

Von Karin Weber-Klatt

Es standen Wahlen ins Haus. Da kamen U-Bahn-Videos mit gewalttätigen Jugendlichen gerade Recht, um einmal mehr lauthals die populistische Forderung nach einer Verschärfung des Jugendstrafrechts zu erheben. »Ist das nötig«, fragte die Göttinger SPD und lud zu einer Podiumsdiskussion in die Räume des offenen Jugendvollzuges Göttingen Leineberg ein. Es diskutierten: Martin Jehle, Professor am Kriminalwissenschaftlichen Institut der Uni Göttingen, Helmut Schütze, Leiter des Jugend- und Erwachsenenvollzuges in Göttingen/Rosdorf und Volker Warnecke, den Leiter des Zentralen Kriminaldienstes in Göttingen.

Mit einem neuen Jugendstrafrecht, da waren sich die Experten einig, lassen sich Probleme mit Jugendgewalt nicht lösen. Wichtig ist vielmehr ein neuer Umgang mit jungen Menschen. Beispielsweise durch die Heranziehung 18- bis 21-jähriger Straffälliger nach den Regeln des Erwachsenenstrafrechts. Vor allem aber, wie es Martin Jehle ausdrückte, »neue Wege der Prävention statt strafverschärfender Antworten«.

Jugendgewalt wird in der Öffentlichkeit oft verzerrt wahrgenommen. »Nur« jeder zehnte männliche Jugendliche wird auffällig, »nur« jeder einhundertste gewalttätig. Das häufigste Jugenddelikt ist Diebstahl. »Gewalt ist da attraktiv, wo sich Jugendliche als gesellschaftliche Verlierer empfinden«, weiß Martin Jehle. Dort verleiht die Gruppe Macht und dort muss mit der Prävention angesetzt werden. Im Knast landen überproportional viele Jugendliche mit Migrationshintergrund: »Loser-Typen mit miesem Selbstwertgefühl«. So be-



Gedankenaustausch im Jugendknast: Helmut Schütze, Moderator Jürgen Gückel, Prof. Martin Jehle und Volker Warnecke (v.l.)

Foto: lopo

schreibt sie Helmut Schütze. Ihr Problem: Keine Ausbildung, keine Hoffnung auf einen Ausbildungsplatz und kaum Chancen auf Integration.

Die Rechtsprechung reagiert auf diese Probleme zu häufig hilflos. »Es kann nicht sein«, so Volker Warnecke, »dass Heranwachsende regelmäßig nach den Regeln des Jugendstrafrechts abgeurteilt werden«. Mangelnde Reife ist der gesetzgeberische Ausnahmefall. Helmut Schütze sieht dies ähnlich: »Zu oft haben Jugendliche den fatalen Eindruck, es bleibe vor Gericht bei einer Strafandrohung. Da muss die rote Karte früher kommen«.

Auf diese Karte setzte auch die Diskussionsrunde. Nur eine Strafe, die auf dem Fuße folgt, kann Jugendliche von Folgetaten abhalten, so der Tenor der Diskussionsbeiträge. Ein ausführ-

licher Bericht findet sich im Internet unter www.partei.spd-goettingen.de/Jugendgewalt.html

ASF-KONFERENZ

Die ASF im Unterbezirk Hildesheim lädt ein zu ihrer ordentlichen Unterbezirkskonferenz. Sie findet statt am 1. Juli 2008 um 19.30 Uhr in Gronau, »Zur Grünen Aue«, Leintor 19.

Anmeldungen zur Konferenz bitte über den SPD UB Hildesheim Rathausstraße 13 B 31134 Hildesheim
Telefon 05121.157299, Fax: 05121.31545
E-Mail: Birgit.Abraham@spd.de



Der niedersächsische SGK-Vorsitzende und Lüneburger Oberbürgermeister Ulrich Mäde ist auf der Präsidentsitzung des Niedersächsischen Städtetages in Lingen für die kommenden zweieinhalb Jahre zum Präsidenten gewählt worden. Mäde war bereits von 1998 bis 2000 und von 2002 bis 2004 Präsident des Niedersächsischen Städtetages.

Impressum

Herausgeber: SPD Niedersachsen
 Verantwortlich: Dr. Frank Wilhelmy
 Redaktion: Lothar Pollähne, Katrin Reich, Dunja Rose
 Anschrift: Odeonstraße 15/16 30159 Hannover
 E-Mail: lopo.vorwaerts@gmx.de
 Layout & Satz: Anette Gilke
 mail@AnetteGilke.de

GEDENKFEIER AM »ROTES SCHLOSS«

Braunschweiger SPD erinnerte an den Nazi-Überfall auf das Volksfreundhaus vor 75 Jahren

Am Nachmittag des 09. März 1933 erstürmten und besetzten »Hilfspolizisten« der SS das Volksfreundhaus in Braunschweig. Unter dem Vorwand der Suche nach Belastungsmaterial und Waffen verschafften sich die Nazischergen mit Gewalt Zugang zu den Räumlichkeiten der SPD und der Gewerkschaften. Die anwesenden Sozialdemokraten und Gewerkschafter wurden misshandelt und gefoltert, der 28-jährige Kaufmann Hans Saille wurde – angeblich aus Notwehr – erschossen.

An dieses grausame Ereignis vor 75 Jahren erinnerte der SPD-Bezirk Braunschweig in einer Gedenkstunde. Vor mehr als 180 Teilnehmerinnen und Teilnehmern begrüßte der Ehrenvorsitzende des SPD-Bezirk Braunschweig, Gerhard Glogowski, die Gäste und erinnerte dabei an den Beginn des Volksfreundhauses in den Jahren 1913/14. »Das Volksfreundhaus wurde ganz bewusst in Blickweite des Schlosses errichtet, um damit auch ein Signal zu setzen. Nicht

umsonst wurde das Haus schon nach kurzer Zeit »Rotes Schloss« genannt«, erklärte Glogowski.

Der SPD-Bezirksvorsitzende Sigmar Gabriel betonte in seiner Rede, von welcher Bedeutung dieses Datum für die SPD in Braunschweig sei. »Die Nazis haben denen, die sich für Freiheit und Demokratie eingesetzt haben, nachgestellt, sie in Haft genommen, sie verprügelt, gefoltert und zum Mandatsverzicht gezwungen, um ihr totalitäres Regime zu festigen. Viele ließen ihr Leben für etwas, das uns heute selbstverständlich erscheint – die demokratischen Grundwerte«, so Gabriel. In ihrer fast 150-jährigen Geschichte habe die SPD so manche Krise durchschreiten müssen. »Aber weder Bismarck, Kaiserreich, Weimarer Republik oder der Nationalsozialismus konnten die Sozialdemokratie brechen. Und das aus gutem Grund. Die SPD steht seit jeher für eine Idee, deren Faszination nie aufhört zu begeistern, der Idee der sozialen Gerechtigkeit und der



Gedenkstunde am Volksfreundhaus mit Sigmar Gabriel und Gerhard Glogowski.

Chancengleichheit für alle Menschen. Egal ob du arm oder reich geboren bist«, so Gabriel. ■ eb

VORWÄRTS
RÄTSEL

Als er 1947 nach Deutschland kommt, macht der Besatzungssoldat einen Job, der erst viele Jahre später sein Qualitätskürzel erhält: DJ. Für den britischen Sender BFN und dann für den NWDR, den Vorläufer von NDR und WDR legt der 19-jährige Platten auf.

Das Multi-Talent ist ein wahrer Internationalist. Sein Vater ist Österreicher, seine Mutter Griechin. Geboren in Paris, wächst er in Frankreich, der Schweiz und Nordafrika auf, bevor sich die Familie 1939 in London niederlässt.

1948 arbeitet er zwei Jahre lang für Chris Barber, begleitet danach Muddy Waters und Memphis Slim und gründet schließlich 1961 »Blues Incorporated«, die erste weiße, elektrisch verstärkte Bluesband, der der Ur-Rolling Stone Charlie Watts angehört.

Seine Reputation als Musiker ist eher mittelmäßig, seine Fähigkeit, Talente zu sichten und zu fördern, die Legende. Aus seiner »University« gehen Ginger Baker, Jack Bruce, Eric Burdon und Mick Jagger hervor.

Mit John Mayall teilt er sich den Titel »Vater des weißen Blues«. Sein Markenzeichen: Eine rauchgeprägte raue Stimme. Seine Aufnahmen mit der Gruppe Snape gehören noch heute zum Feinsten des Blues-Rock, seine Studio-Aufnahmen mit CCS brachten ihm zumindest einen Hit-Paraden-Erfolg: »Whole Lotta Love«.

Am 1. Januar 1984 ist die Integrationsfigur der europäischen Musikszene in London gestorben. Wie heißt der große Lehrer der Rockmusik? Zu gewinnen gibt es einen rauchig krachenden Silberling.

■ lopo

vorwärts, Odeonstraße 15/16
30159 Hannover

vorwärts KULTURGUT
»DER EISERNE OTTO«

Nahezu unbemerkt von der gewöhnlich jubiläumsgewissen Medienöffentlichkeit ist am 8. November vergangenen Jahres der 100. Geburtstag Otto Brenners verstrichen, des wohl bedeutendsten Gewerkschafters der Bundesrepublik. Geboren in Hannovers Südstadt hat Otto Brenner die Klassengesellschaft von Kindesbeinen an erlebt. Als Zeitungs- und Botenjunge muss er zum Unterhalt der Familie beitragen, mit 14 muss der wissbegierige Knabe die Volksschule verlassen, um bei Hanomag an der Nietenpresse zu arbeiten. Schon als 19-jähriger wird er Vertrauensmann und Betriebsrat. Er tritt der SPD und dem Metallarbeiter-Verband bei. 1931 verlässt Otto Brenner die Partei und schließt sich der SAP an, deren Bezirksvorsitzender er wird. Im August 1933 wird Brenner von der Gestapo verhaftet und wegen Hochverrats zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Nach seiner Entlassung steht er unter Gestapo-Aufsicht und arbeitet als Elektriker.

Schon zwei Wochen nach dem Ende des 2. Weltkriegs gehört Otto Brenner mit Ernst Winter, Albin Karl und Anton Storch zu den Gründern des ADGB, dem Vorgänger der heutigen Einheitsgewerkschaft. Überzeugt, dass es zwischen SPD und KPD keine Chance für die SAP geben würde,

schließt sich Otto Brenner auf Bitten Kurt Schumachers wieder der SPD an, wird zum Ratsherrn in Hannover ernannt und 1951 in den Niedersächsischen Landtag gewählt. Da hat er bereits einen Namen weit über die Grenzen Niedersachsens hinaus. 1946 hatte Otto Brenner den ersten großen Streik im Nachkriegsdeutschland organisiert: den in die Geschichte eingegangenen Bode-Panzer-Streik für betriebliche Mitbestimmung und Demokratie.

Als gleichberechtigter Vorsitzender der IG Metall ab 1952 und alleiniger Vorsitzender von 1956 bis zu seinem Tod am 14. April 1972 ist Otto Brenner an allen wichtigen gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Entscheidungen beteiligt: Am Kampf für die Lohnfortzahlung und die Einführung der 40-Stunden-Woche ebenso wie an den Auseinandersetzungen um die Notstandsgesetze. Seine Beharrlichkeit trägt ihm den Titel »Der eiserne Otto« ein. Diesen Titel haben Hans-Jürgen und Shaun Hermel ihrer Filmdokumentation gegeben, die im Auftrag der Otto Brenner Stiftung in Hannover erschienen ist. Dort kommen Weggefährten, Zeitzeugen und Verwandte zu Wort, die den Eisernen differenziert darstellen: Als einen Mann, der nie vergessen hat, woher er kam, der Gewerkschaft wie



Otto Brenner

kein Zweiter gelebt hat und der schlichtweg das Beste der Arbeiterbewegung verkörpert hat. ■ lopo

Hans-Jürgen und Shaun Hermels Filmdokumentation »Der Eiserne Otto« ist gut 45 Minuten lang und für 18,00 Euro zu erwerben bei Memo Media Productions Nennendorfer Platz 26, 30459 Hannover, E-Mail: memo.media@web.de

FRANK WILHELMY WIRD POLITIKBERATER IN BERLIN

SPD Niedersachsen mit neuem Landesgeschäftsführer



Dr. Frank Wilhelmy

Dr. Frank Wilhelmy, seit dem Jahre 2003 Landesgeschäftsführer der SPD Niedersachsen, wechselt in die freie Wirtschaft und geht Ende des Monats als Politikbe-



Kolja Baxmann

rater zu Wiese Consult nach Berlin. Die Funktion des Landesgeschäftsführers wird vorerst kommissarisch bis zum Landesparteitag am 21.06.2008 Kolja Bax-

mann übernehmen. Der 35-jährige Volljurist war bisher als Stellvertreter von Frank Wilhelmy beim SPD-Landesverband tätig.

»Ich möchte Frank Wilhelmy meinen besonderen Dank für seine Arbeit als Landesgeschäftsführer in den vergangenen fünf Jahren aussprechen«, so der Landesvorsitzende Garrelt Duin. »Seine Fähigkeit zur politischen Analyse verbunden mit seinem persönlichen Engagement waren ein großer Gewinn für den Landesverband. Ich wünsche ihm für seinen weiteren Berufs- und Lebensweg alles Gute und weiterhin viel Erfolg.«

Wilhelmy (46) ist promovierter Politikwissenschaftler und war für die SPD in unterschiedlichen Funktionen sowohl auf kommunaler, landes- und bundespolitischer als auch internationaler Ebene tätig. Mit ihm wechselt ein erfahrener Politikmanager in die Geschäftsführung des Berliner Beratungsunternehmens Wiese Consult, das der ehemalige Landesgeschäftsführer und Vorgänger von Frank Wilhelmy, Heino Wiese führt. ■